

Blick, 30. Juli 2008

Wegen Sanierungsarbeiten im Rathaus:

Die Stadträte im Umzugs-Stress

(JW). Politik ist eine heitsamt (Am Rathaus 8) umschweißtreibende Angelegenheit. Von den Sanierungsarbeiten in dem denkmalgeschützten, auch körperliche Qualen gemeint sein können, dürfte so manch Stadtpolitiker nach der Rückkehr aus dem Urlaub am eigenen Leib erfahren. Denn unter anderem die Heizungsanlagen betroffen, die erneuert werden sollen. „Die Kosten betragen rund 300000 Euro“, so Thomas Liebert von der Rathaus-Pressestelle. Der Rückzug ist für den März 2009 vorgesehen. Sowohl die Erreichbarkeit der betroffenen Stadträte per E-Mail als auch die Telefonnummern der Fraktionen bleiben während der Auslagerung unverändert. SPD, FDP, Perspektive und Christoph Paus als fraktionsloser Stadtrat verbleiben an gewohnter Stelle im Rathaus.



Chemnitzer Zeitung

Nachrichten

Grüne kritisieren Braunkohle-Vertrag

Der in der vergangenen Woche zwischen den Stadtwerken und der Mitteldeutschen Braunkohle AG abgeschlossene Liefervertrag bis 2019 sorgt für Kritik. Es sei ein falsches politisches Signal, heißt es beim Stadtverband von Bündnis 90/Die Grünen. In anderen Städten werde an Energieeinsparskonzepten gearbeitet, Chemnitz setze dagegen langfristig auf Braunkohle - jenen fossilen Energieträger, der die höchsten Kohlendioxid-Emissionen aufweist. Die Grünen fordern von der Stadt, Einfluss auf das zur Hälfte kommunale Unternehmen zu nehmen. "Eine solch folgenschwere Entscheidung muss im Stadtrat diskutiert werden", so Sprecher Tom Lehmann. (su)

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Montag, den 28. Juli 2008
Seite	13

→ Impressum → Kontakt

Chemnitz Fernsehen
Samstag, 26. Juli 2008
Grüne gegen Kohle - Vertrag

Die Chemnitzer Bündnisgrünen lehnen den neuen Braunkohle-Liefervertrag zwischen den Stadtwerken Chemnitz und der MIBRAG ab.

Wie es von Seiten der Grünen heißt, ist der 10 jährige Braunkohle-Liefervertrag mit der MIBRAG in Zeiten des Klimawandels ein falsches politisches Signal aus der europäischen Klimabündnisstadt Chemnitz. Sie befürchten, dass durch den Vertrag der Verbrauch von Braunkohle im Heizkraftwerk Nord weiter steigt.

Außerdem würden andere Städte bereits an Energieeinsparkonzepten arbeiten, in Chemnitz wird dagegen langfristig auf Braunkohle gesetzt. Sie wäre demnach der fossile Energieträger, der die höchsten CO₂-Emissionen aufweist. Die Bündnisgrünen hätten sich vielmehr gewünscht, dass ein solcher Vertrag mit einer derart folgenschweren Entscheidung erst im Stadtrat diskutiert werde. Schließlich stände er im klaren Widerspruch zum städtischen Energiekonzept.

Die Grünen fordern deshalb weiter, durch den Einsatz von erneuerbaren Energien in Zukunft stabile Energiepreise zu gewährleisten.

Fahrradfahrer müssen absteigen

Barrikaden sollen Tunnel auf Radweg in Siegmars sicher machen

VON JÜRGEN SORGE

Siegmars. Hindernisse am Radweg von Schönau nach Siegmars sorgen bei Radfahrern für Ärger. Stein des Anstoßes ist die Unterführung, die unmittelbar am Siegmars Park unter der Gaußstraße hindurchführt. Barrikaden zwingen die Radler neuerdings zum Absteigen. Mit der Errichtung der so genannten Umlaufgeländer, die beidseitig vor den Tunnelleingängen errichtet wurden, will die Stadt die Fahrradfahrer zwingen, abzusteigen und das Rad durch die Unterführung zu schieben.

Der Tunnel hat eine lichte Höhe von nur 1,80 Meter. Gefährlich ist zudem ein frei hängendes Rohr an der Decke. Fahrradfahrer, die auf ihren Drahteseln unachtsam sind, können da leicht mit dem Kopf anstoßen, begründet Baubürgermeisterin Petra Wesseler die Vorsichts-

maßnahme.

Im Stadtrat hingegen gibt es Widerstand gegen die Barrikaden. Volkmar Zschocke (Bündnis 90/Die Grünen) etwa moniert, dass durch die eng stehenden Geländer vor allem die Durchfahrt von Fahrrädern mit Anhängern sehr kompliziert ist.

Auch andere Chemnitzer empfinden dies als Einschränkungen. Gerth Forbrig auch Schönau ist oft auf dem Radweg unterwegs: „Die Absperrung ist in der Tat für Radler sehr unfreundlich gestaltet. Ich finde es immer ärgerlich, dass ich da absteigen muss. Um den Missetand zu beheben, müsste man den Tunnel sanieren und dabei den Weg tiefer legen.“

Viele Radler ignorieren allerdings einfach die Sperrung und fahren zwischen den Geländern hindurch. Das bestätigt Gisela Großer, die ihr Fahrrad gestern Vormittag

durch die Unterführung schob: „Viele junge Leute fahren einfach zwischen den Geländern hindurch“, sagt die Seniorin.

Baubürgermeisterin Petra Wesseler hingegen verweist auf die nötige Sicherheit. Das Tiefbauamt trage die Verantwortung für die Verkehrssicherheit. Deshalb sei das Umlaufgeländer im Auftrag des Amtes errichtet worden. Als Grund nennt sie den schlechten Bauzustand der Brücke, der die Durchfahrt für Radfahrer erheblich gefährde.

„Durch das Umlaufgeländer soll der Radfahrer zum Absteigen gezwungen werden. Die notwendigen Montagemaße für das Geländer wurden eingehalten“, so Petra Wesseler. Deshalb müsse auch ein Durchschieben von Fahrradanhängern relativ problemlos möglich sein. So bedauerlich sie die Situation für Radfahrer auch findet, werde



Absteigen Pflicht: „Eigentlich ist die Einschränkung nicht notwendig“, sagt Gisela Großer, die trotzdem ihr Rad durch die Brücke am Siegmars Park unter der Gaußstraße schiebt.
-FOTO: JÜRGEN SORGE

durch die Geländer doch die Verkehrssicherheit erhöht.

Eine Veränderung dieser Situation sei nur durch eine Instandset-

zung beziehungsweise durch einen Neubau der Brücke zu erreichen, betont Baubürgermeisterin Petra Wesseler.

CVAG setzt nun doch wieder auf Erdgas

Nahverkehrs-Unternehmen rüstet Flotte um sechs umweltfreundliche Busse nach – Kostendruck und Klimaschutz als Gründe

VON GRIT BALDAUF

Hohe Dieselpreise haben die CVAG zum Einlenken bewegt: Noch zum Jahreswechsel hatte das Chemnitzer Verkehrsunternehmen angekündigt, seine beiden letzten von ehemals fünf Erdgasbussen einzumuten. Jetzt holt es die Fahrzeuge wieder aus der Garage und schafft gleich noch vier neue Gelenkbusse mit Erdgasantrieb an.

Die Nachricht schlug gestern ein wie eine Bombe: „Erdgasbusse verursachen wesentlich geringere Gesundheitsgefährdende Emissionen, genießen größere Steuervorteile und profitieren vom geringeren Kraftstoffpreis. Die CVAG setzt ein deutliches Zeichen für mehr Umweltschutz“, jubelte Thomas Lehmann, Sprecher der Bündnisgrünen in Chemnitz. CVAG-Sprecher Stefan Tschök begründete das Umdenken seines Unternehmens mit wirtschaftlichen Erwägungen und ökologischer Verantwortung. „Wir haben die damals getroffene Entscheidung nochmals geprüft.“

Erdgasbetriebene Fahrzeuge seien nun mal sauberer und billiger unterwegs als Diesel- und Benzinmotoren. „Wir rechnen damit, dass der Dieselpreis auch langfristig nicht sinkt, aber der Gaspreis günstiger wird. Wenn Gas preiswerter wird, als Diesel es ist, dann könnte sich die Anschaffung über längere Zeit rechnen“, so der Unternehmenssprecher. Deshalb setze die CVAG ihre Erdgasbus-Flotte jetzt



Busfahrer Bernd Richter mit einem der beiden erdgasbetriebenen Busse, die wieder auf Strecke geschickt werden. Die 310 PS starken Fahrzeuge sind 18 Meter lang, vollklimatisiert und waren 1999 in Dienst gestellt worden. Derzeit betreibt die CVAG mit 500 Mitarbeitern eine Flotte von 85 Bussen und 35 Straßenbahnzügen. –FOTO: A. TRUXA

wieder in Gang und stocke sie sogar noch auf.

Frühere Bedenken, die Ausfall-Quote und Wartungsaufwand seien bei Erdgas-Bussen im Vergleich zu Diesel-Fahrzeugen deutlich höher,

die Reichweite und Leistung jedoch geringer, seien vom Tisch, versicherte Tschök. „Die Technik ist inzwischen ausgefeilter.“ Neben den beiden Erdgas-Veteranen holt das Verkehrsunternehmen daher noch

vier neue umweltfreundliche Busse nach Chemnitz. Durch hartes Verhandeln und günstige Förderung habe man laut Tschök einen guten Preis erzielt. „Er liegt mit 370.000 Euro nur geringfügig über

dem eines etwa 10.000 Euro preiswerteren Dieselmotors.“ Bei jeder Neuanschaffung sollen nun parallel Preisangebote für Diesel- und Gasbetrieb geprüft werden. Rund acht Prozent ihrer Flotte von 85 Omnibussen will die CVAG künftig mit Gas betreiben, kündigte der Sprecher an. Für die vier neuen Erdgasbusse werden vier alte Dieselmotoren, Baujahr 1993 und 1994, aus dem Verkehr gezogen.

Dem Fahrgast soll es in den klimatisierten Gelenkbusen mit Videoüberwachung an nichts fehlen. Allenfalls durch die Tanks, die wie Höcker auf dem Dach thronen, fallen sie auf, so Tschök. Oder durch ihre Größe mit rund 60 Sitzplätzen: „Wegen ihrer vier Türen, zwei mehr als üblich, sind sie besonders geeignet für vielbefahrene Linien wie die Studentenlinie 51.“

Auch die Schließung der Erdgas-Tankstelle auf dem CVAG-Betriebshof an der Werner-Seelenbinder-Straße ist mit dem Startschuss für die blau-gelbe Erdgasflotte vom Tisch, wie Tschök versichert. Die Station geht nach einer Reparatur am Freitag wieder in Betrieb, kündigte Claudia Nobis von den Stadtwerken gestern an. „Da die CVAG beabsichtigt, weiterhin mit Ihrer Busflotte zum Klima- und Umweltschutz in Chemnitz beizutragen, wird sich die Auslastung wahrscheinlich erhöhen.“ Ihr Haus betreibe in der Stadt eine weitere Erdgas-Zapfsäule, integriert in die ARAL-Tankstelle an der Blanke-nauer Straße 70.

Stadträte fordern Maßnahmenpaket für Fußgänger

Nach Ablehnung im Abgeordnetenhaus: Grüne pochen auf schnelle und kurze Wege für Passanten im Straßenverkehr

Auch wenn der Antrag auf mehr Ampel-Grün für Fußgänger im Stadtrat durchgefallen ist, so sollen Passanten dennoch bessere Bedingungen erhalten. Abgeordnete fordern daher jetzt von der Stadt einen Maßnahmenkatalog.

VON GRIT BALDAUF

Den Antrag auf kürzere und schnellere Wege für Passanten hat der Stadtrat mit knapper Mehrheit abgelehnt. Begründung: Der Aufwand für Umbauarbeiten rechtfertige den Nutzen nicht, Vorteile für Fußgän-

ger zögen Nachteile für andere Verkehrsteilnehmer nach sich und Pkw-Staus an Fußgängerampeln verschmutzten die Luft zusätzlich.

Dennoch starten die Grünen einen neuen Versuch: „Wir werden Anfragen an die Stadtverwaltung einreichen, in der Hoffnung, dass sie unseren Hinweisen folgt“, kündigte Fraktionschef Volkmar Zschocke gestern an. Schließlich wisse man den Seniorenbeirat, die SPD und die Oberbürgermeisterin hinter sich.

Vor allem aber will Zschocke wissen, wann die Stadtverwaltung endlich mit dem angekündigten Maßnahmenkatalog zur Verbesserung von Fußgängerquerungen auf-

wartet. „Die Stadträte haben beschlossen, dass er jährlich erstellt werden muss.“ Dabei sei der Bedarf unbestritten groß: Der Chemnitzer Verkehrswegeplan weist darauf hin, dass es Fußgänger schwer haben, über die Leipziger, Limbacher und Zwickauer Straße, aber auch über die Frankenberger, Zschopauer und Weststraße zu kommen. Konzepte müssen her, so der Fraktionschef, denn: „Leichtes Vorankommen, hohe Verkehrssicherheit und umwegfreie Verbindungen sind nicht allein durch die Installation einer Ampel garantiert.“

Dennoch hofft er auch, dass die Grünen-Vorschläge für mehr Si-

cherheit an Fußgängerampeln geprüft werden. „Wo können Wartezeiten an oft genutzten Anlagen verkürzt werden?“ fragen die Bündnisgrünen. Auch bei Drück-Ampeln hoffen sie auf ein Umdenken. „Bedarfsampeln zeigen nur dann Grün für Fußgänger, wenn die Taste gedrückt oder ein Sensor berührt wurde“, so Zschocke.

Damit spricht er Lesern wie Peter Kühn aus dem Herzen. Der Anwohner der Albert-Jentzsch-Straße ärgert sich über die Straße Brücken-/Straße der Nationen. „Eine sinnlose Lösung!“ Es wird auf Rot geschaltet, obwohl kein Verkehr vorhanden ist. Fazit: „Auch hier nehmen die Fuß-

gänger die Ampel nicht ernst. Es muss sich endlich was bewegen“, fordert Kühn.

Immerhin ist bereits der Abbau einiger Bedarfs-Ampeln geplant: Während die Stadt die „nicht mehr zeitgemäßen“ Drück-Ampeln an der Müller-/Promenadenstraße, Thomas-Mann-Platz und Bernsdorfer/Augsburger Straße entfernen lassen will, hofft der Stadtrat, dass weitere Negativbeispiele verschwinden: Reichs- und Barbarossastraße an der Kreuzung Henriettenstraße, Müllerstraße an der Kreuzung Blankenauer oder August-Bebel-Straße an der Kreuzung Straße der Nationen.

— Stimmen

STIMMEN

„Der Verkehrsfluss der Fahrzeuge darf sich durch längeres Ampelgrün für Fußgänger nicht verschlechtern. Sonst handeln wir unseren Absichten zur Luftreinhaltung zuwider.“

Günter Meyer, Perspektive

„Allein das Erstellen des Maßnahmenkataloges der Ampeln und ihrer Schaltzeiten würde sehr viele Arbeitskräfte im Tiefbauamt binden.“

Bernd Bergmann, FDP

„Veränderungen an einer Ampel würden eine Kettenreaktion auslösen. Die Stadt Dresden hat sich deshalb von ihrer Universität helfen lassen. Dort fahren die Straßenbahnen jetzt im Schnitt schneller als in Chemnitz.“

Dieter Füsslein, FDP



Chemnitzer Zeitung

Ämter und Fraktionen ziehen um

Umzüge der Stadtverwaltung

Auf Grund der derzeit anstehenden Verwaltungsreform kommt es auch in der Stadtverwaltung Chemnitz zu Umzügen der Ämter. Hier die neuen Adressen:

Grünflächenamt: Das Sachgebiet Kleingartenwesen, die Abteilung Verwaltung-Forst, die Sachgebiete Forst und Grünplanung-Grünanlagenbau befindet sich jetzt an der Bruno-Salzer-Straße 12, 1. Etage.

Kulturamt: Das gesamte Kulturamt (ab 1. August wird es Kulturbüro genannt) zieht vom Bürgerverwaltungszentrum ins Haus Getreidemarkt 3, wo es im 1. und 2. Obergeschoss zu finden ist. Das Sekretariat befindet sich im Raum 101.

Der Arbeitssicherheitstechnische Dienst (ASID) zieht innerhalb des Hauses Getreidemarkt 3 vom 1. in das 3. Obergeschoss in die Räume 304 und 305.

Da zudem

von Oktober dieses Jahren bis Februar 2009 der Weberflügel, die 1. Etage im Chemnitzer Rathaus, saniert wird, ziehen folgende Fraktionen vorübergehend um:

Fraktion CDU zieht am 11. August vom Rathaus, Markt 1, Raum 107a, 108 um an das Haus Am Rathaus 8 (Gesundheitsamt) in die Räume 528, 530, 529 und 527.

Fraktion Die Linke zieht am 18. August vom Rathaus, Markt 1, Raum 110. 111 um an das Haus Am Rathaus 8 (Gesundheitsamt) in die Räume 510, 511 und 532.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht am 11. August vom Rathaus, Markt 1, Raum 109 in das Haus Am Rathaus 8 (Gesundheitsamt) in die Räume 508 und 509.

Die Fraktion Die Republikaner zieht am 11. August vom Rathaus, Markt 1, Raum 105 in das Haus Am Rathaus 8 (Gesundheitsamt) in die Räume 513 und 514.

Die anderen Fraktionen (Perspektive, SPD, FDP) sowie der fraktionslose Stadtrat verbleiben im Rathaus.

Telefonnummern und E-Mail-Adressen bleiben unverändert. (kl)

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Freitag, den 18. Juli 2008
Seite	14

→ Impressum → Kontakt



Chemnitzer Zeitung

Nachrichten

**Altes Rathaus
bald barrierefrei?**

Zentrum. Rollstuhlfahrer sollen endlich auch ins Alte Rathaus gelangen. Bürgermeister Berthold Brehm kündigte jetzt eine Reihe von Maßnahmen an, um einen barrierefreien Zugang zu schaffen. Die Außentürschwelle soll angeschrägt werden, erklärte er auf eine Anfrage der Grünen im Stadtrat. Geplant ist zudem eine Videoüberwachungskamera sowie eine Wechselsprechanlage mit Außenklingel, die mit dem Einlass im Rathaus verbunden ist. Der Wachschutz soll die Tür öffnen. Zum Verlassen des Gebäudes sollen Rollstuhlfahrer einen behindertengerechten Türöffner nutzen können. Das Hochbauamt ermittelt dem Bürgermeister zufolge derzeit die Kosten des Vorhabens. (grit)

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Freitag, den 18. Juli 2008
Seite	12

[→ Impressum](#) [→ Kontakt](#)

Stolper-Markt: Test für neuen Belag

Ab Montag lässt die Stadt Probeflächen verlegen

VON GRIT BALDAUF

Zentrum. Die von Bürgern und Stadträten seit langem geforderte Alternative zum groben Kopfsteinpflaster auf dem Markt und dem Neumarkt lässt die Stadtverwaltung nun endlich in einem Langzeitversuch testen: Ab Montag will die Stadt fünf Musterflächen in der Bretgasse verlegen, um Belag-Varianten für den Markt und Neumarkt zu prüfen. Die Arbeiten dauern etwa eineinhalb Wochen.

Ehe die Chemnitzer die Strecken unter die Füße nehmen können, dauert es allerdings noch bis Ende August: „Die je 20 Quadratmeter großen Test-Felder sind bis zum 27. August nicht begeh- und befahrbar, da sich die Beläge nach dem Einbau erst verfestigen müssen“, so Rathaus-Sprecherin Katja Uhlmann gestern. Lieferanten-Fahrzeuge werden derweil über die Webergasse bzw. den Getreidemarkt um-

geleitet. Der Test dauert bis zum Frühjahr.

Die Stadträte hatten die Verwaltung im September beauftragt, ein Konzept zur behindertenfreundlichen Gestaltung des Rathausumfeldes zu erarbeiten. Die Bretgasse eignet sich für die Erprobung, da sie ähnlich frequentiert ist wie der Markt selbst: Fußgänger nutzen ihn ebenso wie Händler zum Wochenmarkt. Nach dem 27. August sollen die Chemnitzer dann den Belag auf Alltagstauglichkeit prüfen.

Parallel dazu wird im Rathaus an Konzepten zu Begrünung, Nutzung und zur so genannten Möblierung von Markt und Neumarkt mit Brunnen, Bänken und Bäumen gearbeitet. Vorschläge werden laut Stadtplaner Bórris Butenop derzeit erarbeitet, sie sollen nicht vor Herbst vorliegen. Im Stadtrat sieht man offensichtlich auch keinen Grund zur Eile. Dieter Füsslein (FDP) etwa ist es wichtig, dass die Pläne mit vielen



Ab Montag lässt die Stadt in der Bretgasse (Bild) fünf Musterflächen für den neuen Markt-Belag verlegen.

–FOTO: ANDREAS TRUXA

Bewohnern und Räten besprochen werden. Allerdings seien die Gestaltung und die Beseitigung der Holperpiste zwei Paar Schuhe: „Der Markt ist nicht gefahrlos begehbar. Eine ordentliche Oberfläche zu

schaffen, hat Priorität“, fordert der Abgeordnete. Auch für den Bündnisgrünen Volkmar Zschocke ist das unbegehbare Pflaster ein Thema. „Schließlich ist es immer auch Anlass für Beschwerden.“ – **Stichwort**

STICHWORT

Gefährliches Pflaster am Markt

Seit längerem gilt der Markt als Stolperfalle: Weil die Fugen des Natursteinpflasters nur mit Sand gefüllt sind, der durch Regen ausgewaschen wird, steigt die Sturzgefahr. „Die Fugen sind bis zu vier Zentimeter tief ausgespült“, hatte FDP-Stadtrat Dieter Füsslein beobachtet. Das Rechtsamt der Stadt bestätigte, dass Bürger von der Stadtverwaltung Schadenersatz gefordert hatten, weil sie gestürzt waren. Allerdings seien alle Forderungen durch den kommunalen Schadensausgleich abgelehnt worden. Nicht nur Frauen mit empfindlichem Schuhwerk wird die Nachricht von der geplanten Sanierung freuen. Vor allem für ältere und behinderte Menschen ist das grobe Kopfsteinpflaster schwer begehbar: In den tiefen Rillen bleiben nicht nur Absätze und Kinderwagen, sondern auch Vorderräder von Rollstühlen hängen. Weil Rollstuhlfahrer auf den Boden achten müssen, übersehen sie mitunter Werbeaufsteller. (grit)

Ruhebänkler geben keine Ruhe

Stadt Chemnitz will die Bewohner der Siedlung nicht nach Gornau ziehen lassen – Petition gescheitert

VON BETTINA SPIEKERT

Kleinolbersdorf-Altenhain/Gornau. Der Zug nach Gornau scheint für die rund 50 Bewohner der zu Kleinolbersdorf-Altenhain zählenden Siedlung Ruhebank endgültig abgefahren zu sein. Seit Jahren kämpfen sie dafür, Chemnitz den Rücken zu kehren und nach Gornau eingegliedert zu werden. Doch Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig bekräftigte jetzt auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion im Stadtrat nochmals ihr kategorisches Nein: Für Chemnitz ergebe sich kein Vorteil daraus, wenn die Stadt die Siedlungsbewohner ziehen lassen.

„Nachdem die OB uns jahrelang nur hingehalten hat, ist die Katze jetzt aus dem Sack. Es geht ums Geld, die 73.000 Euro sind wohl der Hauptgrund“, empört sich Karl Richter, der Sprecher der Siedlungsbewohner. Aufgaben wollen sie dennoch nicht.

Barbara Ludwig hingegen beharrt darauf, dass Chemnitz vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung um jeden Einwohner kämpfen müsse. Denn die bringen über Schlüsselzuweisungen sowie Einkommen- und Umsatzsteuer bares Geld. Im Fall der Ruhebänkler sind das nach Kämmeriangaben jene 73.000 Euro, die dann in der Stadtkasse klimpern. Zudem sprächen gegen eine Umgliederung auch längere Wege sowie ein negatives Vorbild für andere Siedlungen oder Ortsteile der Stadt.

„Damit sind wir nicht einverstanden“, so Richter. Denn nach Meinung der Einwohner habe die Siedlung am Südrand von Chemnitz seit zehn Jahren kaum eine Ent-



Die Bewohner der Siedlung Ruhebank in Kleinolbersdorf-Altenhain wollen Chemnitz den Rücken kehren und nach Gornau gehören. Die Stadt jedoch will sie nicht ziehen lassen, denn es gibt für die etwa 50 Bewohner 73.000 Euro an Zuweisungen und Steueranteilen. Doch die Ruhebänkler wollen weiter kämpfen.

–FOTO: ANDREAS SEIDEL

wicklung erfahren. „Außer der Trinkwasserschließung durch den Zweckverband Lugau-Glauchau wurde seit der Eingemeindung nach Chemnitz 1997 nicht einer der vertraglich vereinbarten Punkte erfüllt“, moniert er.

Noch 1995 wurde für die Siedlung ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan auf dem Weg gebracht, die Ruhebänkler hofften damit darauf, dass endlich der Wasserleitungs- und Straßenbau beginnt. „Der Plan wurde 2005 gegen den Beschluss des Ortschaftsrates aufgehoben und unser Land zur Grünfläche degradiert. Wir haben

lediglich Bestandschutz“, regt sich der Ruhebank-Bewohner auf.

Die Kreisgebietsreform, die am 1. August in Kraft tritt, sahen die Siedlungsbewohner als Chance, in den Erzgebirgskreis zu wechseln. „Zu Chemnitz haben wir demografisch gesehen kaum eine Verbindung. Es fährt kein Stadtbus. Wer zur Post oder zum Arzt will, geht nach Gornau oder Zschopau“, führt Richter an. Und laut Gornaus Bürgermeisterin Johanna Vogler wären die Abgeordneten mit einem Antrag zur Eingemeindung einverstanden.

Weil sie nur ausweichende Antworten aus dem Chemnitzer Rat-

haus bekamen, schrieben die Siedlungsbewohner eine Petition an den Sächsischen Landtag. Die Antwort ernüchterte: Die Angelegenheit sei Sache der Stadt Chemnitz und die will die Ruhebank nicht hergeben. Denn für eine Gebietsänderung sei das Allgemeinwohl wichtig, nicht private Belange einzelner Einwohner, heißt es.

Karl Richter hat den Ortschaftsrat erneut um Unterstützung gebeten. „Ich weiß, dass wir schlechte Chancen haben, aber soll die Ruhebank denn durchs Aussterben der Bewohner untergehen?“, fragt er.

–Stichwort, Chronologie

CHRONOLOGIE

Ausreiseantrag der Siedlungsbewohner

- **Juli 2006:** Erste Gespräche mit Gornau, dessen Rat Zustimmung signalisiert;
- **August 2006:** Alle Siedlungsbewohner werden befragt, das Ergebnis: 28 für Gornau, 1 für Chemnitz, 5 unbeantwortet;
- **Februar 2007:** Siedlungsbewohner tragen ihr Ansinnen erstmals OB Ludwig vor;
- **Mai 2007:** Der Landrat des Mittleren Erzgebirgskreises stellt sich hinter die Bemühungen der Siedlungsbewohner;
- **November 2007:** Petition an den Sächsischen Landtag;
- **April 2008:** Petitionsausschuss verweist Anliegen an Stadt;
- **Juli 2008:** OB Ludwig nennt finanzielle Gründe, längere Wege für die Bewohner und ein negatives Vorbild, die gegen eine Gebietsänderung sprechen. (bsp)

STICHWORT

Siedlung Ruhebank

Die Siedlung Ruhebank wurde 1930 gegründet, um Einwohnern von Chemnitz die Möglichkeit zu geben, Wohnhäuser im ländlichen und stadtnahen Raum zu bauen. Derzeit umfasst die Siedlung Ruhebank eine Fläche von etwa 8,8 Hektar. Darauf finden sich 35 Grundstücke zwischen 500 Quadratmetern und 1,4 Hektar Größe. In der Siedlung gibt es 21 Einfamilienhäuser sowie etwa ebenso viele Wochenendgrundstücke. 24 Familien wohnen ständig in der Siedlung, 10 zeitweise. (bsp)

Blz, 16. Juli 2008

Küchwald-Verkehr: Stadtrat fordert Kosten-Nutzen-Vergleich

Aufschub für den Haltepunkt

(JW). Rückschlag für die Bewohner der „Eisenbahnersiedlung“ an der Rilkestraße. Seit Jahren kämpfen die rund 1100 Bewohner für den Bau eines von der City-Bahn bedienten „Haltepunktes Küchwald“ an der Eisenbahn-Ferntrasse nach Leipzig. Doch die Hoffnung auf einen raschen Baubeginn zerschlug sich am vergangenen Mittwoch - einen entsprechenden Antrag der Grünen lehnten die übrigen Stadträte ab. Stattdessen soll die Verwaltung bis Oktober einen Kosten-Nutzen-Vergleich zwischen zwei baulichen Varianten vorlegen: Ei-

ne preisgünstigere Ein-Bahnsteig- und eine teurere Zweibahnsteig-Lösung. Dass dieser Ratsbeschluss den Baustart weiter verzögert, stört Grünen-Stadtrat Volkmar Zschocke massiv. „Seit eineinhalb Jahren prüfen und ermitteln wir inzwischen. Es wäre sinnvoll gewesen, die Variante mit einem Bahnsteig jetzt schon vorzubereiten, den zweiten hätte man später immer noch anfügen können.“ SPD-Stadtrat Detlef Müller sieht das anders: „Die zweigleisige Variante muss auf jeden Fall vorher geprüft werden. Schließlich ist die Strecke

hinter Wittgensdorf bereits zweigleisig und wir wollen mit dem Chemnitzer Modell irgendwann bis nach Burgstädt fahren. Dann sollten wir es gleich richtig machen.“

Rund 60.000 Euro würde die Stadt der Haltepunkt kosten, eine Summe, an der die Stadt zu zehn Prozent beteiligt wäre. Steht der Haltepunkt, behält sich die CVAG zudem vor, die derzeitige Busverbindung (Linie 76, verkehrt einmal pro Stunde) wieder einzustellen. CVAG-Sprecher Stefan Tschök: „Bis es soweit ist, bleibt natürlich alles beim Alten.“



Chemnitzer Zeitung

Ahorne müssen Gehweg weichen

Stadt lässt in Andréstraße 14 Bäume fallen - 2009 sollen Linden gepflanzt werden

Von Sandra Czabania

Kaßberg. Entsetzen in der Andréstraße: Die Stadt lässt auf dem Abschnitt zwischen Weststraße und Rudolf-Breitscheid-Straße 14 Spitzahorne fällen. "Drei Bäume sind bereits umgelegt", berichtet eine Anwohnerin (Name ist der Redaktion bekannt). Dann haben sich mehrere Bewohner der Straße eingeschaltet und mit Anrufen bei Polizei und Naturschutzbund die Arbeiten zunächst gestoppt. Doch die Baufirma, die in der Andréstraße den Fußweg saniert, habe eine Fällgenehmigung vorweisen können, weiß die junge Frau. Angeblich seien die Wurzeln beschädigt. "Aber, ich kann doch nicht den Fußweg reparieren, dabei die Wurzeln verletzen und dann die Bäume fällen mit der Begründung, die Wurzeln seien beschädigt", empört sie sich.

Seit 30, 40 Jahren stünden die Bäume an der Andréstraße, "unsere Straße sieht so schön aus mit dem Grün vor den Gründerzeithäusern", sagt die Anwohnerin. Der Kaßberg sei doch ein Flächendenkmal. Ihr will nicht in den Kopf, wie man da mal eben ein paar Bäume fällen kann. Zumal dies in der so genannten Vegetationsperiode, der Zeit zwischen 1. März und 1. September, laut sächsischem Naturschutzgesetz verboten ist.

Wie Stadt-Pressesprecherin Katja Uhlemann ermittelt hat, "ist ohnehin geplant gewesen, die Bäume zu fällen". Sie seien in keinem guten Zustand und "extrem verwachsen mit dem Gehwegbelag", so die Begründung. Heute werden die Arbeiten auf jeden Fall fortgesetzt. "Aber, im nächsten Jahr sollen Linden als Ersatz nachgepflanzt werden", sagt die Sprecherin.

Schon einmal sind in der Andréstraße Bäume gefällt worden. Die Wurzeln von 13 Linden waren beim Bau von Gehweg und Straße im April 2005 so verletzt worden, dass sie das Vorhaben vermutlich nicht überstanden hätten, hieß es seinerzeit von der Pressestelle der Stadt. Deshalb hatte man sich entschieden, die etwa 70, 80 Jahre alten Bäume zu fällen. Die Fällung lag genau in der Nistzeit der Vögel, weil das Geld für den Bau erst dann bereitgestellt worden war. Für die gefällten Linden waren später zwölf junge gepflanzt worden.

Wie Volkmar Zschocke, Fraktionschef der Grünen im Stadtrat, sagt, sei das immer so eine Sache mit Baumfällungen während der Vegetationsperiode. Nach Aussage der höheren Naturschutzbehörde sei die Stadt in besonderem Maße zur Einhaltung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege verpflichtet. Zschocke: "Eine Kontrolle gibt es aber nicht." Der Stadtrat könne von der Verwaltung Informationen zu solchen Vorgängen fordern. Doch meist wären die Bäume dann schon gefällt.

Anwohner Carsten Krankemann zeigt auf die Ahornbäume, die an der Andréstraße gefällt werden sollen. Andreas Seidel

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Montag, den 14. Juli 2008
Seite	15

→ Impressum → Kontakt



Chemnitzer Zeitung

Bald länger in die Kita

Stadtrat stimmt 7,5-Stunden-Regel zu - Start im Januar

Der Weg für längere Betreuungszeiten in Kindertagesstätten ist geebnet: Entgegen der Bedenken von Bündnis 90/Die Grünen und der freien Träger und mit Ablehnung durch die Linken hat der Stadtrat beschlossen, noch in diesem Jahr die Kita-Satzung zu ändern. So sollen künftig alle Kinder, unabhängig von der Beschäftigungssituation der Eltern, siebeneinhalb Stunden lang betreut werden dürfen. Bislang waren für Kinder, bei denen ein Elternteil nicht arbeitet, nur maximal sechs Stunden pro Tag möglich. Die neue Regelung soll am 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Die Linken, größte Fraktion im Stadtrat, wollten noch einen Schritt weitergehen und alle Kinder im Vorschuljahr neun Stunden täglich betreuen lassen. Mit ihrem Änderungsantrag sind sie gescheitert. Davon lasse man sich aber nicht entmutigen, sagt Fraktionsgeschäftsführer Raimon Brete. "Wir warten auf die Ergebnisse der Fachkonferenz der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrt in Chemnitz im September." Bis dahin sollen die Eltern befragt werden, wie viel Betreuung sie für die Kinder wünschen. Die freien Träger befürchten nämlich, dass viele Eltern ihre Kinder kürzer statt länger betreuen lassen wollen. Das ziehe aber unter anderem finanzielle Einbußen nach sich, so Liga-Sprecher Jürgen Tautz.

Die Ergebnisse der Elternbefragung sollen den Stadträten vorgestellt werden, bevor diese die geänderte Kita-Satzung beschließen. Dann wollen die Linken einen zweiten Vorstoß wagen mit ihrer Neun-Stunden-Betreuung im Vorschuljahr, so Brete. Die Chancen auf Erfolg stünden nicht schlecht, werde dieses Vorhaben doch derzeit auch auf Landesebene diskutiert. (scz)

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Samstag, den 12. Juli 2008
Seite	15

[→ Impressum](#) [→ Kontakt](#)

MEINE MEINUNG



Mähen statt meckern

Von Mario Adolphsen

Schafe und Ziegen als Grünpfleger - dieser Vorschlag der Chemnitzer Grünen in Richtung des Grünflächenamtes klingt fast zynisch. Grund zur Verärgerung hätten sie allemal.

Denn bereits im November 2006 hatten sie durch einstimmigen Stadtratsbeschluss zugesichert bekommen, dass sich die Stadt ein vernünftiges Konzept zur Grünpflege in Chemnitz überlegt. Und zwar bis März 2007, wie Baubürgermeisterin Petra Wesseler damals beteuerte.

Bis heute ist es bei den Beteuerungen geblieben. Einzig der Termin hat sich geändert. Jetzt verspricht die Stadt, im Herbst zu erklären, wie die Grünpflege endlich einmal auf solide Füße gestellt werden kann.

Ob darin tatsächlich auch Schafe und Ziegen vorkommen, ist noch nicht bekannt. Eine Überlegung wäre es allemal wert. Denn der Vorschlag ist alles andere als zynisch. Für Randlagen wäre es durchaus eine praktikable Alternative. Die meckernenden Teilzeitkräfte würden das Mähen gern in professionelle Hufe nehmen.

Und wer würde sich nicht freuen, wenn er morgens nicht mehr vom Schnarren eines Rasentrimmers, sondern von glücklichem Schafblöken geweckt wird.

Weil's auf den Wiesen wuchert: Tiere

Chemnitzer Grüne



Den Chemnitzer Grünen steht die Sommerpause bevor. Doch bevor sie ins Grüne fahren, beschäftigen sie sich erst einmal ganz ausführlich mit dem Grünflächen in Chemnitz. Denn die haben sich durch mangelnde Pflege (Morgenpost berichtete) zum Problemgrün entwickelt. Die Grünen wollen dem Grünflächenamt darum unter die Arme greifen - mit einer besonders grünen Idee.

Gängige Praxis: Ein Mitarbeiter des Grünflächenamts stutzt das Grün am Straßenrand mithilfe eines Rasentraktors.

In einem elf Punkte starken Positionspapier nimmt die Partei grundlegend zu Baumpflege und Stadtklima, Blumenwiesen und Klimawandel Stellung. Die Grünpflege sollen dabei altbekannte Helfer übernehmen, die das Chemnitzer Stadtbild kräftig aufmischen könnten: Statt teurer Arbeitskräfte sollen zukünftig alte Haustierrassen das Abgrasen übernehmen. „In geeigneten Bereichen der Stadt sollten auch Schafe, Ziegen, Pferde oder Rinder eingesetzt werden“, fordert Grünen-Sprecher Thomas Lehmann (39). Das ist nicht nur kostengünstig und ökologisch vorbildlich, sondern dürfte nach

sollen Gras fressen - Rathaus prüft

wollen Määh-Maschinen

Auffassung des Grünen-Sprechers auch die Knirpse in Verzückung versetzen: „Für Stadtkinder bietet dies die Chance, mit alten Haustierrarten Umgang zu haben.“ Damit bloß kein Knirps mehr glaubt, Kühe wären lila.

Was in Chemnitz noch nach Utopie klingt, ist andernorts längst Realität. Zwickaus Stadtsprecher Mathias Merz (38): „Bei der Pflege ausgewählter Grünflächen im Stadtbereich arbeiten wir mit privaten Schäfern zusammen.“ Die bisherigen Erfahrungen seien positiv. Auch bei der Landestalsperrenverwaltung, wie Sprecherin Britta Andreas (43) bestätigt: „Bei der Pflege unserer Deichanlagen

unterstützen uns seit längerem Schäfer.“

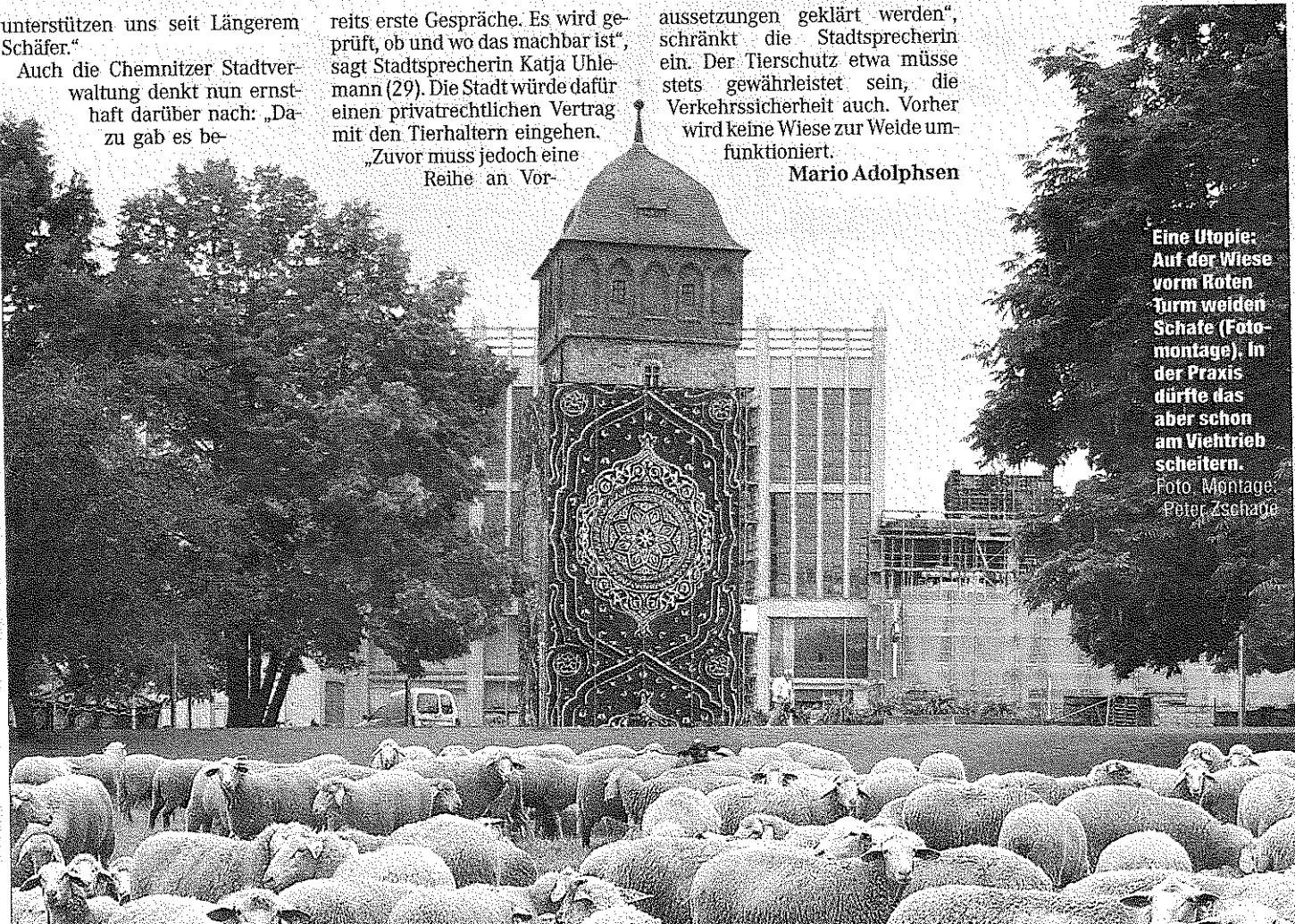
Auch die Chemnitzer Stadtverwaltung denkt nun ernsthaft darüber nach: „Dazu gab es be-

reits erste Gespräche. Es wird geprüft, ob und wo das machbar ist“, sagt Stadtsprecherin Katja Uhlemann (29). Die Stadt würde dafür einen privatrechtlichen Vertrag mit den Tierhaltern eingehen.

„Zuvor muss jedoch eine Reihe an Vor-

aussetzungen geklärt werden“, schränkt die Stadtsprecherin ein. Der Tierschutz etwa müsse stets gewährleistet sein, die Verkehrssicherheit auch. Vorher wird keine Wiese zur Weide umfunktioniert.

Mario Adolphsen



Eine Utopie:
Auf der Wiese
vorn Roten
Turm weiden
Schafe (Foto-
montage). In
der Praxis
dürfte das
aber schon
am Viehtrieb
scheitern.

Foto Montage:
Peter Zschäpe



Chemnitzer Zeitung

Mehrkosten für Gymnasiumsbaue: Stadträte sauer über "Dezernate-Ping-Pong"

Bürgermeister streiten über Absprachen zur Personalausstattung im Hochbauamt

Von Grit Baldauf

Sonnenberg. Die Pannen beim abgeschlossenen Umbau des früheren Humboldtgyrnasiums für das Keplergymnasium haben ein weiteres Nachspiel: Die Stadträte verlangen, dass die Verwaltung Anfang September reinen Tisch macht, wie es zu Mehrkosten von rund 1,1Millionen Euro kommen konnte.

Das Schwarze-Peter-Spiel, das sich die beiden für Bau sowie für Schulen und Personal zuständigen Bürgermeister, Petra Wesseler und Berthold Brehm, im Stadtrat lieferten, lässt allerdings die Räte vorsichtig werden. Das Problem: Wesseler hatte die Mehrkosten auch mit Personalproblemen im Hochbauamt begründet und im Bauausschuss angekündigt, sie werde sich um mehr Mitarbeiter bemühen, um die gestiegene Zahl von Aufträgen abarbeiten zu können. Davon wollte der für Personalaufgaben zuständige Berthold Brehm zur Ratssitzung allerdings nichts wissen. "Es gibt Gespräche, aber keine Vereinbarung der Dezernate", stellte er klar und meinte damit Wesseler's Baudezernat und sein Dezernat für Recht und Ordnung. Er könne nicht mal eben zusätzliche Stellen schaffen: "Ich verweigere mich nicht einer Diskussion über Stellenplan und Personalkosten. Den Plan zu ändern, muss aber der Stadtrat beschließen." Brehm sparte nicht an öffentlicher Kritik an seiner Kollegin: So erscheine ihm die Wahl von Fensterbaufirma und Planungsbüro zweifelhaft. Kritik auch von OB Barbara Ludwig: Sie warnte vor dem Reflex, dass dort, wo die meisten Fehler gemacht würden, die meisten Stellen hinzüssten. Wesseler wehrte sich: Es habe sehr wohl Abstimmungen zum Personal gegeben im Haus 2 "auch am Tisch bei ihnen, Frau Ludwig".

Für Stadträte wie Axel Brückkom ein Unding: "Ein solches Dezernate-Ping-Pong darf nicht passieren. Ich erwarte, dass Abstimmungen vorher passieren." Auch für Grünen-Fraktionschef Volkmar Zschocke bedeutet die Reaktion der Bürgermeister ein Debakel: "Seit Januar bezieht sich Frau Wesseler öffentlich auf Abstimmungen zu Personalfragen." Die Probleme lägen woanders: "Die Ursachen für Fehler müssen analysiert und die Ergebnisse mit dem Rat ausgewertet werden. Ist Personalüberlastung die Ursache, müssen sie personalwirtschaftlich reagieren", fordert er von der Stadt.

Der Bau des Gymnasiums kommt die Chemnitzer um fast 1,1Millionen Euro teurer als geplant. Bereits im Dezember hatten die Räte einen Fehlbetrag ausgeglichen. Dabei sind die Mehrkosten von 9 Millionen Euro beim Überflieger-Bau noch in Erinnerung: "Es ist das gleiche Prinzip", meinte Linke-Fraktionschef Hubert Gintschel. "Wir bekommen scheinbchenweise die Mehrkosten präsentiert."

Petra Wesseler. A. Seidel/Archiv

Berthold Brehm. A. Truxa

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Freitag, den 11. Juli 2008
Seite	12

→ Impressum → Kontakt

2766 Computer landen im Müll

Chemnitzer Rathaus lässt ausrangierte Rechentechnik regelmäßig verschrotten

Computertechnik für 2766 Arbeitsplätze lässt die Stadtverwaltung Chemnitz regelmäßig im Sechs-Jahres-Rhythmus verschrotten. Nach Ansicht von Grünen-Stadträtin Annekathrin Giegengack werden damit Werte vernichtet und die Umwelt unnötig belastet.

VON MICHAEL BRANDENBURG

Angeregt durch einen Beitrag über die Verschrottung alter Schulcomputer in der „Freien Presse“, hatte die Abgeordnete bei der Stadtverwaltung angefragt, wie im Chemnitzer Rathaus mit ausrangierter Rechentechnik verfahren wird. Von Bürgermeister Berthold Brehm erhielt sie die Antwort, dass ausgediente Personalcomputer (PC) der Stadtverwaltung nicht an interes-

sierte Bürger abgegeben, sondern mechanisch zerstört und entsorgt werden. Als Begründung dafür führte Brehm die Sicherheit der auf den Festplatten der Rechner gespeicherten Daten an. Eine restlose Vernichtung aller PC-Daten würde mehrere Stunden in Anspruch nehmen und sei deshalb zu aufwändig. Deshalb würden die ausrangierten Computer verschrottet, so der Bürgermeister.

Bei ihrer Argumentation bezog sich die Verwaltung unter anderem auf einen entsprechenden Artikel eines Fachmagazins. „Dabei werden gerade am Ende dieses Artikel über einen Link einfache Methoden zur sicheren Datenvernichtung empfohlen“, hat Annekathrin Giegengack nachgeschaut. „Nachdem die Verwaltung in einer früheren Anfrage lizenzrechtliche Bedenken angeführt hat, weshalb alte PC nicht

abgegeben werden könnten, werden nun sicherheitstechnische Bedenken angemeldet. Dies erscheint mir so, als ob die Verwaltung regelrecht nach Gründen sucht, um ihre bisherige Verfahrensweise beibehalten zu können“, meinte die Stadträtin. „Wenn die Verwaltung ihre ausrangierten Computer abgeben würde, könnte sie denjenigen helfen, die sich neue PC nicht leisten können und würde damit auch noch Elektronikschrott vermeiden“, so Giegengack.

Die Stadtverwaltung verfügt zurzeit nach eigenen Angaben über 2766 PC-Arbeitsplätze. Nach jeweils sechs Jahren gilt die PC-Technik als „technisch und moralisch verschlissenes“ und wird durch neue ersetzt. Im städtischen Haushalt stehen dafür jährlich rund 500.000 Euro zur Verfügung.

—Stichwort

@ www.heise.de/ct/06/26/212/

STICHWORT

Ausrangierte Verwaltungs-Rechner

„Freie Presse“ fragte in anderen sächsischen Rathäusern nach, wie dort mit ausrangierten Computern verfahren wird:

● Dresden:

Ein Verkauf von Rechentechnik erfolgt generell nicht. Ausrangierte Computer werden innerhalb städtischer Einrichtungen weiter genutzt oder durch eine gemeinnützige Gesellschaft aufbereitet und an kommunale Einrichtungen und Projekte übergeben. Der „Rest“ wird demontiert und recycelt.

● Leipzig:

Die Festplatten werden mit einem Programm unlesbar gemacht, das vom Bundesamt für Sicherheit zertifiziert worden ist. Einige der so behandelten Geräte werden als Ersatzgeräte vorgehal-

ten, auf Nachfrage an städtische und gemeinnützige Einrichtungen abgegeben oder für etwa 50 Euro pro PC an Mitarbeiter verkauft.

● Zwickau:

Auch die Stadt Zwickau lässt ihre ausgesonderte PC-Technik verschrotten. Die Festplatten und sonstige Datenträger werden vorher entnommen, datenschutzgerecht vernichtet und entsorgt. Nach sieben bis zehn Jahren Nutzungsdauer ließen sich die Geräte weder wirtschaftlich verkaufen noch anderweitig (beispielsweise im Bereich ehrenamtlicher Tätigkeit) verwenden, heißt es.

● Freiberg:

Die Stadtverwaltung Freiberg gibt alte PC an die Gesellschaft für Strukturentwicklung und Qualifizierung Freiberg zum „Aus-schlachten“ und zur Sekundärrohstoffgewinnung ab. Dabei werden der Datenschutz beachtet. (MIB)



Original

 Drucken

 Schließen



Chemnitzer Zeitung

Räte fordern mehr Geld für Schulen

Ziel ist schnellere Sanierung

Ab 2009 soll in den städtischen Haushalten mehr Geld für die Schulsanierung bereitgestellt werden, um den Sanierungsrückstau von 356 Millionen Euro möglichst schnell abzubauen. Das haben die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke zur gestrigen Stadtratssitzung gefordert. Schwerpunkt müssten dabei die Förderschulen sein, sagten Axel Brückom (SPD) und Volkmar Zschocke (B' 90/Grüne). Hubert Gintschel (Die Linke) verlangte von der Verwaltung ein Konzept der Sanierungsmaßnahmen an allen Schulen bis zum Jahr 2020. (MIB)

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Donnerstag, den 10. Juli 2008
Seite	13

[→ Impressum](#) [→ Kontakt](#)



Original

Drucken

Schließen



Chemnitzer Zeitung

Teurer Bau: Räte wollen Aufklärung

Rund 1,1 Million Euro Mehrkosten für Keplergymnasium

Von Grit Baldauf

Gut ein Jahr nach Bekanntwerden der Mehrkosten von fast 9 Millionen Euro für den Überflieger muss Bürgermeisterin Petra Wessler heute Farbe wegen einer anderen Bau-Rechnung bekennen: Der abgeschlossene Umbau des früheren Humboldtgyrnasiums für das Keplergymnasium kommt die Chemnitzer um fast 700.000 Euro teurer als geplant. Da die Stadträte bereits im Dezember einen Fehlbetrag ausgeglichen haben, kostet das Projekt insgesamt rund 1,1 Million Euro mehr als angesetzt.

Wessler, die die Mehrkosten als "äußerst ärgerlich" bezeichnet, nannte unter anderem die gestiegene Mehrwertsteuer, Mehraufwand und zusätzliche Leistungen als Ursachen. Vom Planungsbüro hat sie eine Stellungnahme gefordert und will den Vorgang in der Verwaltung auswerten.

Heute entscheiden die Stadträte über die Summe von 395.000 Euro, die nach allen Umschichtungen im Haushalt noch zu berappen ist. Dabei dürfte ihr zumindest das Einverständnis von SPD, Linken und Grünen sicher sein. "Wir werden zustimmen müssen", kündigte SPD-Fraktionschef Axel Brückom gestern an. "Schließlich können wir die Geschichte nicht rückgängig machen. Aber wir gehen der Sache auf den Grund." Man frage sich, so Brückom, "wie so viel Murks passieren konnte". Er will wissen, ob es Fehler bei Planung und Bau gab. "Das jetzt nötige Geld hätten wir in vielen sanierungsbedürftigen Schulen verbauen können."

Und auch die Linken werden laut Fraktionschef Hubert Gintschel zustimmen, wenn sie auch auf Aspekte aufmerksam machen wollen, die ihnen fragwürdig erscheinen. "Zusätzliche Leistungen wie eine Kellertreppe sind doch Voraussetzung in so einem Gebäude!" Wie auch die Grünen verlangen sie eine Untersuchung. Für deren Fraktionschef Volkmar Zschocke ist dennoch klar, dass die aus dem Ruder gelaufenen Baukosten auch etwas mit der Personalsituation im Hochbauamt zu tun haben. "Überlastung kann zu mangelhafter Kontrolle und zu Fehlern führen. Wir wollen, dass sich die Arbeitssituation für die Amtsmitarbeiter nachhaltig verbessert."

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Mittwoch, den 09. Juli 2008
Seite	13

→ Impressum → Kontakt

Chemnitzer gegen Dauer-Rot-Ampeln

Grüne fordern vom Rathaus kürzere und schnellere Wege für Passanten – Unterstützung vom Seniorenbeirat

VON GRIT BALDAUF

Eilig darf es ein Fußgänger in Chemnitz nicht haben. Ein „Freie Presse“-Ampeltest gab Beschwerden von Bürgern Recht: An zahlreichen Anlagen stehen sich Passanten die Beine in den Bauch, während sie auf Grün warten. Das soll sich ändern, geht es nach einem Vorschlag der Grünen. Sie fordern noch in diesem Jahr einen Katalog von Maßnahmen vom Rathaus, damit Fußgänger besser über die Straße kommen.

Damit sprechen sie Bürgern wie Olaf Schnabel vom Rosenhof aus dem Herzen. An manchen Ampeln habe er schon „gefühlte Jahre“ wartend zugebracht, schimpft er und findet diese Fußgängerampeln unverschämte. Als berüchtigte Beispiele nennt Schnabel die Drück-Ampeln am Fuße des Schlossberges über die Schlossteichstraße, jene über die August-Bebel-Straße an der Kreuzung Straße der Nationen sowie die Ampel über die Müllerstraße an der Kreuzung Blankenauer Straße. Verpasse man den richtigen Zeitpunkt für den Knopfdruck, „so steht man wie ein Depp in der Warteschleife“, schildert Schnabel.

Bei ihrer Forderung nach mehr Grün für Fußgänger bekommen die Grünen auch vom Seniorenbeirat der Stadt Unterstützung. „Viele Senioren, behinderte Menschen, aber auch Mütter mit Kindern haben mit der zu niedrig bemessenen Grünphase an einigen Fußgängerampeln Probleme“, gibt Beiratschef Lothar Thieme zu bedenken. Als besonders schlechte Beispiele nennt er die Ampeln an Bahnhof-/Brücken- und Zschopauer Straße, die allesamt zu dem schmale Mittelinseln haben.

Dort zu warten, verunsichert nach seinen Erfahrungen vor allem ältere Menschen. Grüne Welle und hohes Sicherheitsgefühl für Passanten müssten keinen Widerspruch bedeuten. Heute entscheiden die Stadträte über den Antrag der Grünen. „Unsere Verbesserungsvorschläge sollen einzelfallbezogen abgewogen und dort, wo möglich, umgesetzt werden“, meint Fraktionschef Volkmar Zschocke. „Die Formulierung ist mit dem Rathaus abgestimmt. Wir hoffen, dass der Rat zustimmt.“ Zustimmung signalisierte gestern bereits die SPD-Fraktion.

Die Vorschläge im Einzelnen:

● **Wartezeiten einschränken:**

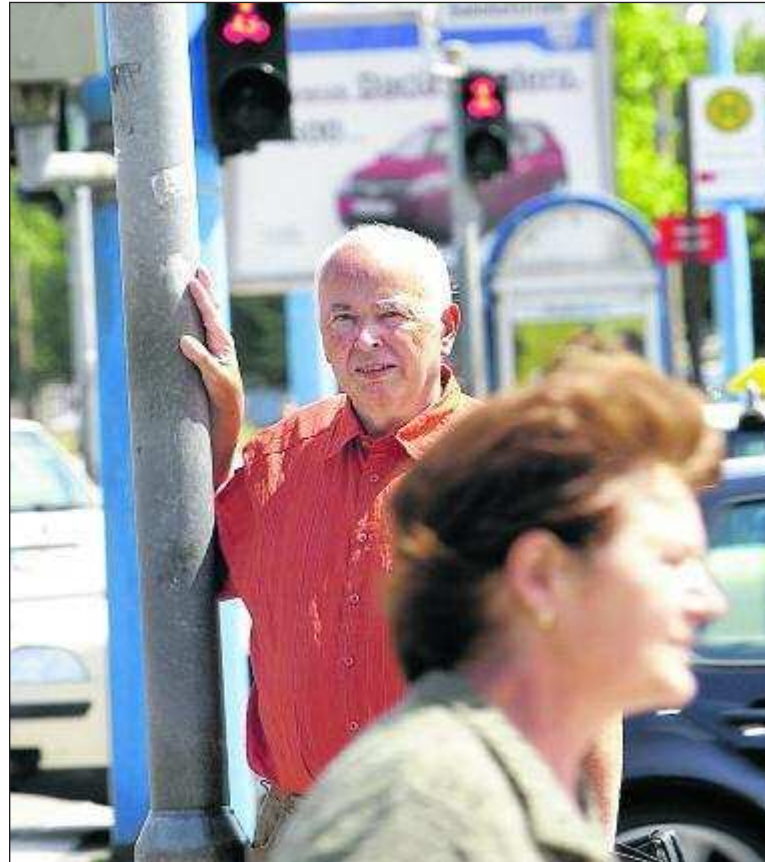
Die Wartezeiten an besonders oft genutzten Fußgängerampeln sollen verkürzt werden.

● **Staffelschaltungen, um Wartezeiten auf Mittelinseln zu vermeiden:**

Ampelschaltungen müssen aufeinander abgestimmt sein, fordern die Grünen. Auf ein besonders schlechtes Beispiel macht Zschocke an der Kreuzung Brücken/Bahnhofstraße aufmerksam, mit einer maximalen Wartezeit auf der Mittelinsel von bis zu 90 Sekunden. „Um die Kreuzung Falkeplatz vom Rosenhof (Bahnhofstraße) zur Deutschen Bank (Zwickauer Straße) passieren zu können, müssen Fußgänger an allen vier Ampeln warten.“ Auch wenn es sich um komplexe Schaltungen handelt, sollten die Wartezeiten, so Zschocke, dennoch überprüft werden.

● **Drück-Ampeln durch „normale“ Ampeln ersetzen:**

150 der 218 Ampeln in Chemnitz sind



Stark frequentierte Übergänge wie an der Bahnhof-/Augustusbürger Straße verunsichern Passanten, meint Lothar Thieme, der Vorsitzende des Seniorenbeirates der Stadt (Foto). Er setzt sich für längere Grünphasen an den Fußgängerampeln ein.

–FOTO: ANDREAS TRUXA

Drück-Ampeln. Zschocke: „Sie zeigen nur dann Grün für Fußgänger, wenn die Taste gedrückt oder ein Sensor berührt wurde.“ Negativbeispiele: Reichs- und Barbarossastraße an der Kreuzung Henriettenstraße, Müllerstraße an der Kreuzung Blankenauer oder August-Bebel-Straße an

der Kreuzung Straße der Nationen. Abbauen lassen will die Stadt hingegen laut Baubürgermeisterin Petra Wessler die „nicht mehr zeitgemäßen“ Drück-Ampeln an der Müller-/Promenadenstraße, Thomas-Mann-Platz und Bernsdorfer/Augsburger Straße.

STICHWORT

„Freie Presse“-Test

Dauer-Rot und eine Angst-Ampel

Im Verkehrsentwicklungskonzept hat der Stadtrat festgelegt, dass die Fußwege sicherer und attraktiver zu gestalten sind. Doch Papier ist geduldig. „Freie Presse“ hat die Ampelphasen getestet – Ergebnis: Eilig darf es ein Fußgänger in der Stadt nicht haben.

Der Testablauf war simpel. Einziges Hilfsmittel: eine Stoppuhr. Mit deren Hilfe wurden Wartezeit und Grünphasen gemessen.

● **Falkeplatz:**

Wer zwischen Rosenhof und Falkeplatz als Passant unterwegs ist, braucht Geduld. Geschlagene drei Minuten benötigt man an den vier Fußgänger-Ampeln. Inklusiv sind Wartezeiten von bis zu 46 Sekunden Länge – keine grüne Welle für Fußgänger.

● **Moritzhof:**

Die Annaberger Straße zwischen Bank und Moritzhof ist bei Grün gerade bis zur Hälfte zu schaffen. Nach 5,7 Sekunden schaltet die Ampel auf der zweiten Straßenhälfte bereits auf Rot – keine Chance, in einem Zug bis zur anderen Seite zu kommen.

● **Brücken-/Bahnhofstraße:**

Für viele Passanten eine Angst-Ampel. In einem Zug und bei normalem Tempo ist sie nicht überquerbar. Der Tester brauchte fast drei Minuten und mehrere Stopps, darunter eine Minute auf der von vielen Autos und Straßenbahnen umfahrenen Mittelinsel.

Chemnitzer Grüne fordern Konzept zur Grünflächenpflege - naturnah, meint Manfred Hastedt

Englischen Rasen braucht hier keiner

(JW). Es grünt so grün... Wohl kaum eine andere deutsche Stadt weist so viele Grünflächen wie Chemnitz auf. Und dank der Renaturierung großer, durch den Rückbau von Wohnblöcken entstandener Freiflächen werden es stetig mehr. Eine feine Sache, eigentlich. Doch in Wirklichkeit steckt die Stadt in einem Dilemma. Mehr Grünflächen heißt: Mehr Pflegeaufwand durch das zuständige Amt. Doch Geld und

Personal, das fehlt. Am Montagabend trafen sich Vertreter der Grünen, des Naturschutzbundes und des Umweltzentrums, um über eine künftige städtische Grünflächenkonzeption zu diskutieren. „Wir brauchen endlich eine klare Vereinbarung, welche Grünflächen wir in Zukunft haben wollen und welche Mittel wir bereit sind, dafür auszugeben“, so Grünen-Stadtrat Volkmar Zschocke. Seine Fraktion ha-

be im November 2006 bereits eine entsprechende Vorlage im Stadtrat eingereicht. „Seitdem ist seitens der Verwaltung nichts passiert“. Laut Manfred Hastedt vom Umweltzentrum würde eine naturnahe Grünflächen-Bewirtschaftung der Stadt viele Vorteile bringen. „Nur einmal im Jahr mähen, spart Personal und erhöht gleichzeitig die Artenvielfalt.“ Außerdem könnte, so Hastedt, das Mähgut für die Anle-

gung neuer Grünflächen verwendet werden. Der berühmte „englische Rasen“, der eine intensive Grünpflege erfordert, sollte auch nach Meinung von Grünen-Vorstand Tom Lehmann künftig eher die Ausnahme statt die Regel darstellen. „Zudem“, so Lehmann, „sollten wir prüfen, ob wir die Pflegepflicht bei nicht-städtischen Grünflächen auf die jeweiligen Eigentümer übertragen können“.

Chemnitzer Blick, 09.07.2008

Kita-Betreuung: Beschluss wackelt

Stadträte uneins über längere Kindergartenzeiten – Einführung der 7,5-Stunden-Regelung könnte sich verschieben

Der Beschluss, die Betreuungszeit in Kitas von sechs auf siebeneinhalb Stunden zu erhöhen, steht auf der Kippe: Freie Träger befürchten Einbußen, wenn Eltern ihre Kinder künftig kürzer betreuen lassen. Einige Ratsfraktionen wollen daher Daten aus ganz Sachsen abwarten und in einen neuen Beschluss einarbeiten.

VON SANDRA CZABANIA

Seltene Einigkeit im Stadtrat: Sechs Ratsfraktionen wollen für alle Kinder in Chemnitz eine Betreuungszeit von siebeneinhalb Stunden erwirken. Darüber soll der Stadtrat morgen abstimmen. Diese Entscheidung könnte jedoch in buchstäblich letzter Minute verschoben werden.

Zum Einen haben die freien Träger Bedenken geäußert. Die Stadt habe in ihrer Berechnung nicht die Eltern bedacht, die die Betreuung ihrer Kinder möglicherweise von neun auf siebeneinhalb Stunden verkür-



Betreuung verkürzen? In der Kita Flemingstraße kein Thema. Leiterin Francka Grenda (links): „Die meisten Eltern sind berufstätig.“ –FOTO: A. SEIDEL/ARCHIV

zen. „Das kann für freie Träger jedoch erhebliche finanzielle Auswirkungen haben“, sagt Grünen-Stadträtin Annekathrin Giegengack. Vor allem Träger, die nur ein, zwei Kindertagesstätten betreiben, müssten dann

vielleicht das Handtuch werfen, weil sich die Kinderbetreuung für sie nicht mehr rechne. Wie Sozialbürgermeisterin Heidemarie Lüth (Die Linke) erklärt, habe sich aus informellen Gesprächen zwischen Eltern

und Kindergartenleitern ein großer Bedarf an Erhöhung von sechs auf siebeneinhalb Stunden ergeben. „Rückmeldungen von Betreuungszeitverkürzung gab es nur vereinzelt.“

Die Bedenken der freien Träger sollten trotzdem aufgenommen werden. „Immerhin betreiben sie die Hälfte aller Kitas in Chemnitz“, so Giegengack. Ein weiterer Grund, der für die Verschiebung spreche: Auf Landesebene werden gerade entsprechende Daten zur Verlängerung der Betreuungszeiten und deren Finanzierung erhoben. Die sollte man abwarten und in einen neuen Beschluss einarbeiten. Und schließlich: „Eine Änderung zum Schuljahresbeginn ist immer günstiger als ein Wechsel zum 1. Januar“, sagt Giegengack.

Andererseits warteten viele Eltern auf die längere Betreuung, zeigt die Stadträtin das Dilemma der Kommunalpolitiker auf. Bis kurz vor der morgigen Ratssitzung wollen die Fraktionen intern beraten, ob der Beschluss von der Tagesordnung genommen wird oder nicht. –**Stichwort**

STICHWORT

Längere Betreuung für alle Kinder

Die Kita-Satzung der Stadt Chemnitz steht vor einer entscheidenden Veränderung: Die starre Regel der Kinderbetreuungszeiten soll aufgeweicht werden:

● Seit fünf Jahren dürfen Kinder, bei denen ein Elternteil berufstätig ist, maximal sechs Stunden pro Tag in einer Kindertagesstätte betreut werden. Dies hatte die damalige Sozialbürgermeisterin Barbara Ludwig durchgesetzt, um Geld zu sparen.

● Die fünf Ratsfraktionen CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Perspektive wollen, weil sich die Haushaltlage der Stadt entspannt hat, künftig allen Kindern eine Betreuungszeit von siebeneinhalb Stunden ermöglichen.

● Die Linke, größte Fraktion im Stadtrat, will noch einen Schritt weiter gehen und fordert für alle Vorschulkinder eine Ausweitung der Betreuungszeit auf neun Stunden. (scz)



Original Drucken Schließen



Chemnitzer Zeitung

Brandschutz-Affäre um Hotel Mercure: Druck auf Stadt wächst

Stadträte fordern von Rathauspitze reinen Tisch: "Hätte mehr getan werden müssen?"

Nach den bekannt gewordenen Brandschutzmängeln im Mercure- Hotel wächst der Druck auf die Stadtverwaltung. Nach den Linken haben gestern auch die Bündnisgrünen Aufklärung gefordert. Sie haben für die Stadtratssitzung am kommenden Mittwoch eine Anfrage vorbereitet.

"Welcher konkrete Mitarbeiterkreis erhielt im Mai und im Dezember 2007 Kenntnis von den Informationen der Staatsanwaltschaft?" will Fraktionssprecher Volkmar Zschocke wissen. Außerdem: "Welche Leitungspersonen waren in die fachliche Beurteilung der Situation sowie in die Entscheidung der Konsequenzen einbezogen? Ob und in welcher Form ist im Mai 2007 die zuständige Bürgermeisterin und die Oberbürgermeisterin informiert worden, um das Vorgehen direkt mit der Verwaltungsspitze abzustimmen?" Für die Bündnisgrünen sei außerdem interessant, warum die Fraktionen bzw. der zuständige Ausschuss nicht sofort im Mai 2007 informiert wurden. Offenlegen soll die Verwaltungsspitze zudem, warum seit über einem Jahr darauf verzichtet worden sei, die Mängel vor Ort zu prüfen, meint der Stadtrat. Seine Fraktion vertrete die Auffassung, dass der Vorgang wegen seiner - aus heutiger Sicht - hohen Brisanz sofort nach Bekanntwerden im Mai 2007 direkt von der Verwaltungsspitze hätte gesteuert werden müssen.

Und auch Hubert Gintschel, der Fraktionschef der Linken, will wissen, wie konkret die Hinweise der Staatsanwaltschaft waren. "Hätte mehr getan werden müssen?" fragte er Baubürgermeisterin Petra Wesseler zur Sitzung des Verwaltungsausschusses. Wesseler lässt die Vorgänge derzeit nach eigenen Angaben prüfen. Damit ist Gintschel wohl nicht recht zufrieden. Denn gestern erneuerte auch er seine Forderung nach restloser Aufklärung: "Wusste das Bauamt tatsächlich bereits im Mai 2007 von den nunmehr konkret bekannt gewordenen Mängeln oder waren es nur Hinweise auf falsche Abrechnungen, im Zusammenhang mit der Strabag-Affäre?", fragt er sich. "Waren die Hinweise des verantwortlichen Bauleiters in seinen Aussagen so konkret auf die Missstände gerichtet oder nur allgemeiner Natur?"

Die durch den Eigentümer veranlasste und durchgeführte gutachterlich Prüfung habe wohl keine Hinweise auf Schlampereien ergeben. "Damit gab es keinen weiteren Handlungsbedarf", schlussfolgert Gintschel und meint: "Darf man vereidigten Gutachtern vertrauen? Wenn nicht, muss man das System ändern." Falls das Bauamt von konkreten Vorwürfen wusste, dass Brandschutzeinrichtungen fehlten, dann seien personelle Konsequenzen unausweichlich, so Gintschel. (grit)Seite 3/Regionales: Bericht

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Samstag, den 05. Juli 2008
Seite	13

[→ Impressum](#) [→ Kontakt](#)

Quelle: sz-online/Chemnitzer Morgenpost
Freitag, 4. Juli 2008

Hotel-Skandal: Nun sollen Köpfe rollen

Politiker fordern Aufklärung und personelle Konsequenzen

Im Hotel-Skandal fordern die Fraktionen des Stadtrates nun Aufklärung und personelle Konsequenzen. Denn das größte Chemnitzer Hotel, das Mercure, ist eine Feuerfalle. Ein unabhängiger Brandgutachter hatte im Auftrag des MDR herausgefunden, dass die Luxus-Herberge nur ungenügend gegen ein Feuer gesichert ist (Morgenpost berichtete). Der Skandal: Das Baudezernat wusste von den Mängeln offenbar schon seit Mai 2007 und unternahm nichts.

Staatsanwalt Christian Goltz hatte das Baudezernat im Mai 2007 und im Dezember 2007 über den fehlenden Brandschutz informiert. Er teilte mit, dass „die Nachweise der Firmen falsch sind“, die einen Einbau von Brandschutz belegen. Eingegangen sind die Hinweise beim Baugenehmigungsamt.

Trotzdem zog die Stadt aus diesem Wissen offenbar keine Konsequenzen. Linke-Fraktionschef Hubert Gintschel (58): „Wenn das Amt tatsächlich von den konkreten Vorwürfen des Nichteinbaus Kenntnis erhalten hat, dann sind personelle Konsequenzen unausweichlich.“

CDU-Fraktionschef Ullrich Müller (60): „Ich möchte wissen, wer zum damaligen Zeitpunkt die Verantwortung getragen hat.“ Auch Volkmar Zschocke (38) von den Grünen fragt: „Wer hatte von der Information der Staatsanwaltschaft Kenntnis?“

SPD-Fraktionschef Axel Brückom (36) hat ebenfalls Informationsbedarf: „Es muss geklärt werden, ob sich die Stadt Versäumnisse vorwerfen lassen muss.“ FDP-Stadtrat Dieter Füsslein (67) will indes nachfragen, ob im Amt neben Juristen auch Baufachleute arbeiten, die Brandschutzvorkehrungen selbst nachprüfen können.

Heute soll es eine Entscheidung geben, ob das Hotel geschlossen werden muss.

MS/as

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=1873548>

Chemnitz Fernsehen
Freitag, 4. Juli 2008 16:38

Kürzere Wartezeiten an Ampeln

Die Chemnitzer Fußgänger sollen künftig an den Ampeln der Stadt nicht länger als 40 Sekunden auf Grün warten müssen.

Das sieht ein entsprechender Antrag der Bündnisgrünen vor über den kommende Woche im Stadtrat abgestimmt wird. Kommt ein solcher Maßnahmenkatalog, dann wird auch über eine Fußgängergesteuerte Ampelschaltung an viel befahrenen Kreuzungen nachgedacht.

Auch eine Staffelschaltung von Ampeln an mehrspurigen Straßen zur Vermeidung von Wartezeiten auf Mittelsinseln ist in dem Papier enthalten. Allerdings, und das wurde später noch hinzugefügt, sollen diese Vorschläge erst nach Abwägung der Interessen aller Verkehrsteilnehmer in das Verkehrsentwicklungskonzept aufgenommen werden.

Eine sicher schwierige Aufgabe angesichts der teilweise bestehenden Grünen Welle für die Autofahrer in unserer Stadt. Beides unter einen Hut zu bekommen, dürfte für die Planer mehr als schwierig werden.

Sanierungsfall Schulgebäude

Investitionsrückstau von 356 Millionen Euro

Sanierung aller Chemnitzer Schulen dauert noch mindestens 15 Jahre – Zeisigwaldschule braucht aber möglichst schnell ein neues Dach

Die Sanierung der Chemnitzer Schulen hinkt dem Verfall hinterher und wird viel teurer als bisher bekannt war. Zwar wurden von 1990 bis Ende 2007 rund 180 Millionen Euro investiert, um die mehr als 80 Schulgebäude auf Vordermann zu bringen. In einer aktuellen Übersicht schätzt das Schulverwaltungsamt den Investitionsbedarf aber noch auf weitere rund 356 Millionen Euro. Frühestens 33 Jahre nach der Wende könnten alle Schulen in Ordnung gebracht sein.

VON MICHAEL BRANDENBURG

355,9 Millionen Euro beträgt der derzeitige Investitionsbedarf zur Sanierung der mehr als 80 Chemnitzer Schulgebäude einschließlich Berufsschulzentren. Mit dieser Nachricht hat Abteilungsleiter Jürgen Müller vom Schulverwaltungsamt den Mitgliedern des Schulausschusses des Stadtrates jede Hoffnung genommen, der Rückstau auf diesem Gebiet ließe sich schnell abbauen. Denn sie bedeutet zugleich: Die Sanierung aller Chemnitzer Schulen dauert noch mindestens 15 Jahre.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass auch in den nächsten Jahren mindestens soviel in die Schulgebäude investiert wird wie 2008, nämlich reichlich 22 Millionen Euro. Von 1990 bis 2007 betrug die Investitionen pro Jahr durchschnittlich nur rund 10 Millionen Euro. Frühestens 33 Jahre nach der Wende könnten somit alle Chemnitzer Schulen gründlich auf Vordermann gebracht sein. „Normalerweise rechnet man mit einem Sanierungszyklus von 25 Jahren“, sagte Müller.

Dennoch liegt Chemnitz mit seinem Investitionsrückstau von rund 356 Millionen Euro – hochgerechnet anhand der Baupreise von 2007 – vergleichsweise im sächsischen Rahmen, meint die Stadtverwaltung. Dresden, das etwa doppelt so viele Einwohner hat, geht Müller zufolge von einem Sanierungsbedarf von 650 Millionen Euro für mehr als 140 Schulgebäude aus.

Angesichts dieser Aussichten forderten die Stadträte Hans-Joachim Siegel (Die Linke) und Cornelia Knorr (SPD) ein Vorziehen kleinerer, aber besonders dringender Maßnahmen. Als Beispiel nannten beide die Förderschule für geistig Behinderte „Am Zeisigwald“, in deren Dach Vogel immer wieder Löcher picken, die dann geflickt werden.



Tom Riedel, Gina-Diana Dröge, Melanie Rojik, Isabel Schönherr, Kevin Kreische und David Feudel (v. r.) aus der Schule „Am Zeisigwald“ wünschen sich, dass ihre Schule bald ein neues Dach bekommt. –Foto: ANDREAS TRUXA

er, aber besonders dringender Maßnahmen. Als Beispiel nannten beide die Förderschule für geistig Behinderte „Am Zeisigwald“, in deren Dach Vogel immer wieder Löcher picken, die dann geflickt werden.

Trotzdem drohe die Nässe von oben Klassenzimmer und Toiletten zu beschädigen, die erst kürzlich mit Unterstützung von Sponsoren renoviert wurden. Als Kosten eines neuen Daches ermittelte ein Bauingenieur vom Förderverein der Schule rund 200.000 Euro. Nach derzeitigen Plänen will die Stadt erst nach 2011 knapp 3 Millionen Euro in der Zeisigwaldschule investieren. Bürgermeister Berthold Brehm sagte

den Stadträte eine zeitigere Dachsanierung zu prüfen. Eine Schaukel auf dem Schulgelände, bei der mehrere Balken erneuert werden müssen, solle auf jeden Fall schnellstmöglich repariert werden.

den Stadträte eine zeitigere Dachsanierung zu prüfen. Eine Schaukel auf dem Schulgelände, bei der mehrere Balken erneuert werden müssen, solle auf jeden Fall schnellstmöglich repariert werden.

NACHRICHTEN

Grundschulen haben höchsten Bedarf

Mit einem Investitionsrückstau von fast 150 Millionen Euro hatten die 45 Chemnitzer Grundschulen zu Jahresbeginn den höchsten Nachholbedarf aller Schulformen. Mit fast 12 Millionen Euro sollen 2008 die Lernbedingungen der Erst- bis Viertklässler in der Stadt verbessert werden. Auf der Prioritätenliste stehen die Grundschule Gablenz (2,23 Millionen Euro), die Schloss- (2,22 Mio.), die Lessing- (1,8 Mio.) und die Rudolf-Grundschule (1 Mio.) ganz oben. An den Grundschulen Siegmars (500.000), Klaffenbach (477.000), „Gebrüder Grimm“ (326.000), „Rosa Luxemburg“ (281.000), Einsiedel (266.000), Obere Luisenschule (238.000), „Valentina Tereschkova“ (230.000) und „Pablo Neruda“ (87.000) sind ebenfalls Sanierungsmaßnahmen geplant. (MIB)

Fünf Mittelschulen stehen 2008 im Plan

Mehr als 80 Millionen Euro betrug Ende 2007 der Gesamt-Investitionsrückstau an den 17 Chemnitzer Mittelschulen. Rund 3,356 Millionen Euro will die Stadt in diesem Jahr für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Gebäuden dieser Schulform aufwenden. Davon entfallen eine Million Euro auf die Mittelschule Gablenz, knapp 700.000 Euro auf die Mittelschule Altendorf und 650.000 auf einen Neubau für das Chemnitzer Schulmodell an der Heinrich-Schütz-Straße. 293.000 Euro sind für die Außensanierung der Georg-Weerth-Mittelschule und 250.000 Euro für Dach und Fußböden in der Mittelschule Reichenbrand vorgesehen. (MIB)

Größte Summe fließt für Dreifelderhalle

Mehr als 2,8 Millionen Euro will die Stadt in diesem Jahr für den Neubau einer Dreifelderhalle für das Schulzentrum Sport an der Reichenhainer Straße ausgeben. Es ist die größte Investition im Bereich der Gymnasien und der Schulen überhaupt 2008. Für die Fortsetzung der 1991 begonnenen Sanierung des Georgius-Agricola-Gymnasiums sind 1,48 Millionen Euro vorgesehen. 470.000 Euro sollen ins Karl-Schmitt-Rottluff- und 223.000 Euro ins Johannes-Kepler-Gymnasium fließen. Anfang des Jahres betrug der Investitionsrückstau im Bereich Gymnasien in Chemnitz noch mehr als 23 Millionen Euro. (MIB)

Eingeplantes Geld anderswo verwendet

Stadt hat Investitionen an der Sprachheilschule „Ernst Busch“ verschoben – Schüler fühlen sich wie Stiefkinder

VON RAMONA BOTHE-CHRISTL

„Diese Lernumgebung lässt sehr zu wünschen übrig. Es macht mich sehr nachdenklich, wenn ich sehe, dass die Sprachheilschule „Ernst Busch“ von der Stadt wie ein Stiefkind behandelt wird“, ist Ines Rudolph, die Elternsprecherin der Schule an der Chopinstraße, hochgradig verärgert. Das Gebäude ist rund 100 Jahre alt und das ist ihm auch sofort anzusehen. Seit über 15 Jahren wurde an dem extrem schlechten Bauzustand nichts verändert. Die Stadt hat Mittel immer wieder zurückgestellt, wie aus Unterlagen hervorgeht.

Im Haushaltsjahr 2006/2007 waren 120.000 Euro für Baumaßnahmen eingeplant, wie Ute Hänel, Vorsitzende des Fördervereins der Schule, die von 240 Schülern aus ganz Sachsen besucht wird. Doch

der Betrag wurde nie für diese Einrichtung ausgeben. Auf der Suche nach dem Geld erfuhr die engagierte Frau von Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig (SPD) Erstaunliches: Aufgrund ungeklärter Sachverhalte sei es für andere Vorhaben verwendet worden“, berichtet Ute Hänel. Sie weiß: „Trotz verstärkter Integrationsmaßnahmen, um die sprachbehinderten Schüler in Wohnortnähe zu unterrichten, hat unsere Sprachheilschule konstanten Zulauf an auswärtigen Schülern.“ Hänel geht sogar so weit, der Kommune vorzuwerfen, nicht ihren gesetzlichen Verpflichtungen als Schulträger laut Schulgesetz und Schulpflichtplanung nachzukommen.

Dass in Chemnitz der Bedarf an einer solchen Bildungseinrichtung besteht, geht aus einer Informationsvorlage der Verwaltung für die nächste Stadtratssitzung hervor.

Dort wird die Busch-Schule unter „nach derzeitiger Planung gesicherter Schulstandort der Stadt Chemnitz“ laut Beschluss des Stadtrates geführt. Der Investitionsstau wird auf knapp 3,2 Millionen Euro beziffert. Doch die Stadt will derzeit nicht sanieren, erfuhr Stadträtin Annakathrin Giegengack (Bündnis 90/Die Grünen) auf Anfrage. Chemnitz wartet ab, ob das Land in seiner Schulnetzfortplanung nach der Kreisreform den Standort Chemnitz bestätigt. Denn theoretisch könnten die dann größeren Nachbarkreise selbst Sprachheilschulen eröffnen. Tatsächlich zweifeln weder das Kultusministerium noch die Bildungsagentur am Standort Chemnitz.

Für Schüler und Eltern ist der derzeitige Zustand aber abschlaggebend und der ist extrem schlecht. Tino Lorenz, 15 Jahre, sagt: „Man muss viel Mut haben, um auf diese

Toiletten zu gehen.“ Ein Mitschüler beschreibt: „Die WCs sind das Schlimmste. Da sind Wasser- und Schimmelflecken und erst dieser Geruch.“ Dabei lernen die Schüler hier gern und die Eltern sind dankbar über die hervorragende fachliche Arbeit der Pädagogen.

Elternsprecherin Rudolph hat zwei Söhne an der Schule, Dominic (9) und André (14). Sie kommen jeden Tag aus Cossen, das zwischen Mittweida und Rochlitz liegt, nach Chemnitz. „Ich bin unheimlich dankbar, dass sie hier die Möglichkeit haben, einen guten Schulabschluss machen zu können“, sagt die Mutter, die die Einrichtung selbst wählte, nachdem sie nur Gutes darüber gehört hatte. Einen anderen Standort als Chemnitz, der seit 1909 eine lange und bewährte Tradition im Sprachheilwesen hat, kann sie sich nicht vorstellen.

STICHWORT

Vorhaben an Förderschulen
Lediglich in die Sprachheilschule an der Vetterstraße (200.000 Euro für Dach, Fassade, Brandschutz) und in den Neubau eines Sonderpädagogischen Förderzentrums mit Heim für Körperbehinderte an der Heinrich-Schütz-Straße (550.000 Euro) will die Stadt in diesem Jahr investieren. Der Investitionsrückstau in den 13 Chemnitzer Förderschulen wird mit mehr als 72 Millionen Euro beziffert. (MIB)

ZITAT DES TAGES

„Nur weil ab 1. August bestimmte Landkreise mehr Einwohner zählen, schließen wir doch auch nicht die Oper oder den Tierpark.“
Annekathrin Giegengack
(Stadträtin Bündnis 90/Die Grünen) zum Abwarten der Stadtwahl gegenüber der Sprachheilschule „Ernst Busch“

Übler Geruch in den Toiletten und Salpeter an der Speisesaal-Wand

Das Gebäude der Sportmittelschule ist fast 100 Jahre alt, die Abwasserleitungen auch – Schulleiter schätzt Kosten für Komplettsanierung auf eine halbe Million Euro

VON MIRA FISCHER

Das Domizil der Jan-Amos-Comenius-Schule ist ein ehrwürdiges Gebäude. Fast 100 Jahre hat das Haus, unter dessen Dach sich eine Grund- und die Sportmittelschule befinden, auf dem Buckel. Leider merkt man dem Gebäude sein Alter auch an: In den Toiletten stinkt es und es gibt Mäuse, berichtet die Mutter eines Grundschulkinders (Name ist der Redaktion bekannt). Besonders über den Speiseraum im Keller der Schule klagt die Frau: „Eine Wand ist mit nassen Pilzen versehen und eine Maus wurde essen und gefangen. Ein Hygienebeauftragter war schon da. Seine Begutachtung endete mit der Andeutung: kein Handlungsbedarf.“

Von Ameisen im Essen und Pilzen an den Wänden weiß Torsten Kulakow, der Leiter der Sportmittel-

schule, nichts. Den Vorfall mit der Maus bestätigt er, es handle sich um einen Einzelfall. Den Gestank in den Toiletten räumt er ebenfalls ein: „Die Abwasserleitungen sind immer noch die alten. Sie sind noch nie saniert worden, daher kann es witterungsbedingt vorkommen, dass es kräftig riecht.“

An sich sauber und ordentlich
Dem Schulverwaltungsamt sei das Problem der Feuchtigkeit in den Räumen der Comenius-Grundschule bekannt, heißt es von Seiten der Stadt. Auch über die Maus wisse man Bescheid. Vom Schulhausmeister sei bereits eine Fachfirma mit der Schädlingsbekämpfung beauftragt worden. Die Lösung für die Mängel liege in einer Komplettsanierung, darüber sind sich Schulverwaltungsamt und Schulleiter einig. „Die Schule muss trockengelegt

werden“ sagt Kulakow. Doch dafür fehlt das Geld, so das Amt.

An sich ist die Schule sauber und ordentlich – wie sich bei einem Gang durch das Gebäude bestätigt. Hausmeister Stefan Seidel hat alle Wände schon gestrichen. Er weiß am besten über die Sanierungsarbeiten der letzten Jahre Bescheid: 2007 wurden die Fenster an der Straßen- seite saniert, 2006 wurde die Komplettsanierung der Turnhalle und des dazugehörigen Sanitärzuges abgeschlossen. Schulleiter Kulakow ist stolz: „Optisch ist die Schule wirklich in gutem Zustand.“ Auch mit der Reinigungsfirma, die für die tägliche Desinfektion zuständig ist, zeigt er sich zufrieden: „Seit sie für uns arbeitet, gab es keine Beschwerden.“ Jährlich gibt es Rundgänge durch das Hygieneamt. Berichte davon werden an das Schulverwaltungsamt weiter geleitet. Das jungs-

te Protokoll vom 22. April besagt: „Nach Umfang der durchgeführten Kontrolle – keine Beanstandungen.“

Ameisen auf der Fensterbank
Und doch – beim Besuch der einfachen, aber sauberen Toiletten lässt sich der tiefe Geruch nicht leugnen. Im Speiseraum krabbeln tatsächlich Ameisen über die Fensterbank. Das sei normal in alten Gebäuden im Frühjahr, sagt Grundschulleiterin Undine Schulze. „Die Küchenfrau streut täglich Zimt gegen die Ameisen.“ Und nicht zuletzt ist die Tapete an der Wand nahe dem Lehrertisch von Salpeter bedeckt. Trotz dieser Mängel ist Undine Schulze überzeugt, dass alles im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten getan werde, um die Schule in Ordnung zu bringen.

Die Mittel, die der Schule zur Verfügung stehen, seien tatsächlich

bescheiden: Jährlich erhalte man zwischen 6000 und 8000 Euro für Bauarbeiten, so Mittelschul-Leiter Kulakow. Soviel koste es schon fast, ein Klassenzimmer von einer Fachfirma komplett sanieren zu lassen, weiß Hausmeister Seidel. Allein für Beleuchtung und Fußböden gingen etwa 3600 Euro drauf.

Auf die Frage, wann denn die notwendige Komplettsanierung realisiert werden kann, antwortet Kulakow: „Das kann ich nicht beantworten. Kurzfristig jedenfalls nicht.“ Er schätzt die Kosten auf eine halbe Million Euro. Eine Lösung wird es also so schnell nicht geben. Deutlich bezieht Kulakow jedoch Stellung gegenüber den Beschwerden von der Mutter: „Das ist ein unschlicher Vorwurf gegenüber Leuten, die sich bemühen, die Schule ordentlich in Schuss zu halten.“